

Das Bildungswesen – eine Kritische Infrastruktur?

Harald Karutz und Corinna Posingies

Obwohl Kritische Infrastrukturen (KRITIS) im Glossar des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe [7]* als „Organisationen und Einrichtungen mit wichtiger Bedeutung für das staatliche Gemeinwesen“ bezeichnet werden, „bei deren Ausfall oder Beeinträchtigung nachhaltig wirkende Versorgungsengpässe, erhebliche Störungen der öffentlichen Sicherheit oder andere dramatische Folgen eintreten würden“, wird das Bildungswesen in Deutschland üblicherweise nicht als eine KRITIS betrachtet (z. B. [5]). Die während der Coronavirus-Pandemie gesammelten Erfahrungen zeigen jedoch auf, dass hier ein Umdenken angebracht ist [16]: Durch ein systemisches Versagen des Bildungswesens droht keineswegs nur vorübergehend hinnehmbarer Unterrichtsausfall; vielmehr ist von einer erheblichen Kritikalität des Bildungswesens auszugehen. Immerhin ist etwa die Hälfte der Bevölkerung direkt oder indirekt von der Funktionsfähigkeit des Bildungswesens abhängig: Von Krisensituationen, die sich auf Bildungseinrichtungen auswirken, sind nicht allein die Lehrkräfte, weitere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie die zahlreichen Kinder und Jugendlichen, sondern zumindest indirekt immer auch die jeweiligen Eltern bzw. Sorgeberechtigten mit betroffen. Im folgenden Beitrag wird dieser für die Krisenprävention und das Krisenmanagement hoch relevante Gedanke weiter ausgeführt.

Krisenerfahrungen im Bildungswesen

Die Coronavirus-Pandemie hat in den vergangenen Monaten unübersehbar zu erheblichen Auswirkungen auf sämtliche Bereiche des gesellschaftlichen Lebens geführt. Es wurden nicht nur Defizite im Bereich der Vorhaltung von Desinfektionsmitteln, Schutzkleidung und -masken aufgezeigt, sondern es wurde insbesondere auch deutlich gemacht, dass das Bildungswesen in Deutschland auf eine länger andauernde, großflächige und derart komplexe Krisenlage offenbar nur unzureichend vorbereitet gewesen ist. Wie überaus heikel sich die Situation im Bildungswesen dargestellt hat, kann nicht nur zahlreich verfügbaren Medienberichten und ersten wissenschaftlichen Untersuchungen entnommen werden [1; 2; 3; 18; 19; 27]. Auch die Tatsache, dass verbeamtete Lehrkräfte und Schulleitungen in den unterschiedlichsten Bundesländern sich auf ihre Remonstrationspflicht berufen haben, kann als ein Indiz dafür gewertet werden, dass es offenbar Situationen gegeben hat, die aus Sicht der Akteure vor Ort kaum zu verantworten gewesen sind [24].

Schulschließungen als gesamtgesellschaftlicher Belastungsfaktor

Die bundeseinheitliche Anordnung von Schulschließungen war zunächst einmal sicherlich begründet und ist grundsätzlich auch nicht in Frage zu stellen, zumal heute verfügbare Erkenntnisse, die möglicherweise auch zu einer differenzierteren Lagebeurteilung geführt hätten, zum Zeitpunkt der Entscheidungsfindung noch nicht vorgelegen haben. Gleichwohl ist bundesweit bereits nach kurzer Zeit erkennbar geworden, dass gerade die Schulschließungen Kinder und Jugendliche, ihre Eltern, Lehrkräfte, Schulleitungen und nicht zuletzt zahlreiche Arbeitgeber, Unternehmen und Institutionen mit einer Vielzahl zusätzlicher Herausforderungen konfrontiert haben:

- Im Rahmen eines bislang wenig beachteten Kaskadeneffektes haben die Schulschließungen dazu geführt, dass auch zahlreiche Eltern von Schulkindern ihrer Arbeit nur noch eingeschränkt nachgehen konnten, weil sie sich um die Betreuung, womöglich sogar die weitgehend eigenverantwortliche und durchaus nervenaufreibende Beschulung ihres Nachwuchses kümmern mussten [1].
- Das immerhin in der UN-Kinderrechtskonvention [28] beschriebene Recht auf Teilnahme und Teilhabe an institutionalisierten Bildungsangeboten ist durch die Schulschließungen zeitweise unerfüllt geblieben. Dies stellt definitiv nicht nur eine Formalie dar, die als „Kollateralschaden“ hingenommen werden könnte, sondern ist aus einer ganzen Reihe von Gründen hoch problematisch [32]:
 - › Soziale Kontakte zu Gleichaltrigen, die für eine gesunde Entwicklung enorm wichtig sind, blieben Kindern teilweise wochenlang verwehrt.
 - › Einige Kinder waren in ihren Familien während der Schulschließungen besonderen Risiken ausgesetzt. Mitunter wurde befürchtet, dass von einer zunehmenden Kindeswohlgefährdung durch häusliche Gewalt auszugehen sei [25]. Bislang vorliegende Zahlen der Jugendämter belegen dies zwar nicht. Gleichwohl ist von einem erheblichen Dunkelfeld auszugehen: Entsprechende Taten werden während der

* Die umfangreiche Literaturliste ist unter https://www.bbk.bund.de/DE/Service/Publikationen/BS-Magazin/Ergaenzungen/Ergaenzung_node.html einsehbar.

Schulschließungen schlichtweg unentdeckt geblieben bzw. noch weniger als sonst aufgefallen sein.

- › Im Bildungswesen ohnehin bestehende Ungleichheiten dürften weiter verstärkt worden sein [28; 29]; insbesondere benachteiligt sind Kinder aus ökonomisch schwachen bzw. in Armut lebenden Familien, chronisch kranke Kinder, Kinder mit Behinderungen [16] sowie Migranten.
- › Zeitweise wurden Kinder sogar als „Gefährder“ betrachtet, von denen v. a. für ältere Menschen ein besonders hohes Infektionsrisiko ausgehen könnte: Im Hinblick auf das gerade erst entstehende Selbst- und Weltbild heranwachsender Menschen ist zumindest nicht auszuschließen, dass Grundüberzeugungen, individuelle mentale Modelle sowie Verhaltensweisen gegenüber anderen Menschen dadurch insgesamt nachhaltig negativ beeinflusst worden sind.
- › Zudem muss auch in Frage gestellt werden, ob im Krisenmanagement Prioritäten immer korrekt gesetzt und ethisch reflektiert worden sind, wenn Gaststätten, Möbelhäuser und selbst Baumärkte [sic!] mancherorts zu einem bestimmten Zeitpunkt wieder geöffnet werden konnten – Schulen aber nicht: Dass von unterschiedlichen Infektionsrisiken der einzelnen Einrichtungen ausgegangen werden muss, ist unbestreitbar. Ob andere Infektionsschutzstrategien aber auch andere Entscheidungen möglich gemacht hätten, dürfte sich sehr wohl diskutieren lassen.
- › Einige Studien zeigen inzwischen bereits auf, dass die Schulschließungen mit teilweise recht erheblichen psychosozialen Auswirkungen auf Kinder, Jugendliche und Familien verbunden gewesen sind (Infobox 1).

Rasch hat sich auch gezeigt, dass das spontan etablierte „Homeschooling“ keinesfalls Schule in all ihren Funktionen ersetzen kann: Eine reine Wissensvermittlung mag auch mit digitalen Lehrformaten sicherlich problemlos möglich sein. Die psychosoziale und umfassend bildende Wirkung des Schulbesuches, des physischen Miteinanders innerhalb einer Schulklasse bzw. Schulgemeinde, für die Entwicklung und Reifung junger Menschen kann auf diese Weise jedoch nicht kompensiert werden.

Darüber hinaus ist zu beachten, dass Schulen, bzw. dem möglichst vertrauten Schulalltag, gerade in Krisensituationen eigentlich eine stabilisierende und Halt gebende Funktion zukommt [12]: Diverse Publikationen und Studien weisen eindringlich auf die Bedeutung von Schulen bzw. eines traumasensiblen Umfeldes für die Bewältigung belastender, kritischer Lebensphasen hin [20; 12].

So wird nicht nur Bildung an sich [4], sondern werden auch funktionierende, pädagogisch professionell betriebene Bildungseinrichtungen explizit als eine „protektive Variable“ bezeichnet, die beispielsweise der Entwicklung von Traumafolgestörungen entgegenwirken kann [13].

Aus diesem Grunde werden auch in Kriegs- und Krisengebieten international engagierte Bemühungen unter-

Zahlen, Daten, Fakten

In der Copsy-Studie („Corona und Psyche“) des Universitätsklinikums Hamburg-Eppendorf [27] wurden rund 1000 Kinder und Jugendliche sowie rund 1500 Eltern zum Erleben der Coronavirus-Pandemie sowie der Schulschließungen befragt. Demnach fühlten sich 71 % der befragten Kinder „psychisch belastet“, 66 % gaben eine „verminderte Lebensqualität“ und ein „vermindertes Wohlbefinden“ an. Vor der Pandemie war dies nur bei rund einem Drittel der Fall. 24 % der befragten Kinder zeigten Symptome von Hyperaktivität, bei 21 % wurden emotionale Probleme, insbesondere Gereiztheit, festgestellt. Bei 19 % der Kinder sind Verhaltensauffälligkeiten, v. a. Schlafschwierigkeiten aufgetreten. 40 % klagten häufiger über Kopfschmerzen, 31 % über Bauchschmerzen. 37 % der Eltern und 27 % der Kinder berichteten außerdem über erhebliche Probleme bei der Alltagsbewältigung ihrer Kinder sowie über massive familiäre Spannungen. Ähnliche Ergebnisse liefert die Untersuchung „Kind sein in Zeiten von Corona“, bei der über 8000 Eltern von Kindern im Alter zwischen drei und 15 Jahren zu ihren Erfahrungen und Einschätzungen befragt worden sind [19]. Demnach herrscht bei jeder fünften Familie „häufig ein konflikthaltiges Klima“ (S.7). 27 % der in dieser Studie interviewten Eltern schätzen es zudem so ein, dass ihre Kinder sich einsam gefühlt haben oder noch immer fühlen.

In einer Befragung von 900 Kindern und Jugendlichen, die Wissenschaftler der Universitätskinderklinik in Leipzig durchgeführt haben, zeigten sich ebenfalls erhebliche Auswirkungen der vergangenen Monate: Insbesondere wurde hier der Verlust fester Tagesstrukturen in der Zeit der Schulschließungen beklagt. Elektronische Medien wurden dermaßen intensiv genutzt, dass es letztlich Langeweile verursacht hat. Kontakte zu Gleichaltrigen wurden sehr vermisst, und die befragten Kinder und Jugendlichen haben sich erhebliche Sorgen um die Gesundheit ihrer Familienmitglieder gemacht. 20 % der Befragten äußerten die Befürchtung, dass es „nie wieder so sein wird wie früher“. Rund 75 % wünschten sich, endlich wieder „normal in die Schule gehen zu können“ [18].

Infobox 1: Psychische Auswirkungen der Schulschließungen bzw. der Coronavirus-Pandemie.

nommen, Schulen weiter zu betreiben bzw. zerstörte Schulen möglichst rasch wiederzueröffnen – und es gilt natürlich auch umgekehrt: Gerade weil die Zerstörung von Bildungseinrichtungen eine derart verletzend, zersetzende und nachhaltige Wirkung hat, werden Schulen sowohl in kriegerischen Auseinandersetzungen als auch von Terroristen mitunter gezielt angegriffen ([8]; Infobox 2).

Bei einer genaueren Betrachtung der gesamtgesellschaftlichen Relevanz des Bildungswesens für die erfolgreiche Krisenbewältigung kommt schließlich noch ein weiterer Aspekt hinzu, der keinesfalls unterschätzt werden sollte: Funktionseinschränkungen bzw. -verluste im Bereich des Bildungswesens sind bei allen Beteiligten emotional stets sehr hoch aufgeladen und können daher auch nicht erst bei einem längerfristigen Systemausfall, sondern auch schon nach relativ kurzer Zeit zu einer erheblichen Eigendynamik, Verunsicherung, Verärgerung sowie generellen Belastung einer größeren Bevölkerungsteilgruppe

Zahlen, Daten und Fakten

Nach Angaben der Hilfsorganisation „Save the children“ wurden zwischen 2013 und 2017 beispielsweise mehr als 12.700 Angriffe auf Bildungseinrichtungen in über 70 Ländern dokumentiert, bei denen mehr als 21.000 Schülerinnen und Schüler als auch Lehrkräfte verletzt oder getötet wurden. Allein 2017 kam es zu fast 1.500 Angriffen auf Bildungseinrichtungen [22].

Infobox 2: Gezielte Angriffe auf Bildungseinrichtungen als Kriegstaktik

und damit zu einer Destabilisierung der Gesamtlage führen – während umgekehrt ein wertvolles, in der Funktionsfähigkeit des Bildungswesen liegendes Potenzial für das Krisenmanagement ungenutzt bleibt, wenn Schulen z. B. einfach geschlossen werden.

Schulöffnungen in der Krise als weitere Problemverschärfung

Nicht unerwähnt bleiben soll, dass nicht nur die Schulschließungen, sondern auch die sich anschließenden Öffnungen der Schulen in der Coronavirus-Pandemie mit speziellen und hoch komplexen Herausforderungen verbunden gewesen sind. Durch individuelle Infektionsängste, tatsächlich unklare Infektionsrisiken sowie höchst unterschiedliche Bedarfe und Bedürfnisse der involvierten Betroffenen ist es auch durch Schulöffnungen vielerorts gerade nicht zu der erhofften Lageentspannung, sondern sogar noch zu einer weiteren Lageeskalation gekommen, die man aus Sicht der verantwortlichen Entscheidungsträger nur als „Worst-Case-Szenario“ bezeichnen kann – als eine Situation, in der es keine guten Entscheidungen mehr gibt, sondern nur noch die Wahl zwischen mehreren Übeln:

- Während eine weitgehende Rückkehr zum Schulalltag von der einen Personengruppe begrüßt und unterstützt worden ist, wurde eben dies von einer anderen kritisiert.
- Einige sahen in den anhaltenden Schulschließungen die größte Gefährdung von Kindern; für einige stellten gerade die Schulöffnungen eine erhebliche Gefährdung dar.

Auch eine von den einzelnen Ländern unterschiedlich gehandhabte „Maskenpflicht“ in Schulen wurde in der Öffentlichkeit, insbesondere in den sozialen Medien, extrem kontrovers diskutiert. Aus all diesen Entwicklungen haben sich – verständlicherweise – weitere Unsicherheiten und Verunsicherungen, Frustrationen, Verärgerungen, Enttäuschungen und Konflikte ergeben, die wiederum mit gesamtgesellschaftlich relevanten Auswirkungen verknüpft gewesen sind:

- Auftretende Infektionsfälle haben immer wieder zu Quarantäneanordnungen für Mitglieder von Schulgemeinden geführt, die eingeschränkte Arbeits- und Funktionsfähigkeiten weiterer Angehöriger nach sich gezogen haben.
- Verlässliche Planungen sind in vielen Bereichen des Arbeitslebens (bis heute!) kaum noch möglich, weil sich eine Abhängigkeit unterschiedlichster Handlungsfelder von der Funktionsfähigkeit des Bildungswesens gezeigt hat, die in dieser Deutlichkeit auch in strategischen Überlegungen zum Bevölkerungsschutz bislang nicht gesehen worden ist.
- Unmut über die Situation im Bildungswesen dürfte auch zu einem nicht unerheblichen Teil dazu beigetragen haben, Proteste gegen das Krisenmanagement von Bund und Ländern zu befeuern usw.

Defizitäre Vorsorgeplanungen und Desiderate

Planungen für das schulische Notfall- und Krisenmanagement haben sich in den vergangenen Jahren ausschließlich auf Individualereignisse bzw. auch Großschadenslagen beschränkt, von denen allenfalls eine einzelne Bildungseinrichtung betroffen ist [12]. Beeindruckt von den Ereignissen in Erfurt, Emsdetten und Winnenden waren schulische Notfallvorsorge- und Kriseninterventionskonzepte viele Jahre lang vorrangig auf Amokläufe bzw. „School Shootings“ fokussiert. Auch Brände, Unglücke im Chemieunterricht, plötzliche Todesfälle und diverse andere Ereignisse werden mittlerweile zwar in „Notfallordnern“ thematisiert, die die jeweiligen Kultusministerien den Schulen in Deutschland zur Verfügung gestellt haben.

Immer handelt es sich jedoch um die Betrachtung von Einzelereignissen an ebenso einzelnen Schulen – eine systemische Betrachtung der Funktionsfähigkeit des Bildungswesens ist bislang noch nicht vorgenommen worden.

Landes- und bundesweite Krisenlagen innerhalb des Bildungswesens an sich wurden völlig außer Acht gelassen – vermutlich einfach deshalb, weil es sie bislang, d. h. bis zur Coronavirus-Pandemie, seit dem zweiten Weltkrieg schlichtweg nicht (mehr) gegeben hat. Möglicherweise hat aber auch eine Zuständigkeitsproblematik zu diesem defizitären Status Quo beigetragen: Das Bildungswesen obliegt im Föderalismus weitgehend der Länderhoheit – und in den Kultusministerien dürften Überlegungen aus einer bevölkerungsschutzbezogenen Perspektive schlichtweg keine oder nur eine äußerst untergeordnete Rolle spielen.

Vor dem Hintergrund der aktuell gesammelten Erfahrungen, v. a. der nunmehr erkannten Kaskadeneffekte und der Komplexität des Krisenmanagements im Bildungswesen scheint hier ein Paradigmenwechsel angebracht: Es wird vorgeschlagen, das Bildungswesen explizit als eine in hohem Maße systemrelevante, Kritische Infrastruktur zu betrachten. Diese Thematik ist sowohl unmittelbar bzw. kurzfristig als auch langfristig gesamtgesellschaftlich und somit auch für den Bevölkerungsschutz auf Bundesebene relevant:

- Das Bildungswesen als solches kann einen wesentlichen Beitrag zur Krisenbewältigung leisten – wenn die Funktionsfähigkeit gewährleistet bleibt.
- Durch ein funktionsfähiges Bildungswesen ist sichergestellt, dass andere Bewältigungsressourcen (Eltern bzw. Sorgeberechtigte als Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer!) auch zuverlässig verfügbar sind.
- Nicht zuletzt ist Bildung die zentrale Voraussetzung einer jeden funktionierenden Demokratie, eines funktionierenden Arbeitsmarktes und der Kern sämtlicher Maßnahmen zur gesamtstaatlichen Zukunftssicherung – auch für einen Wiederaufbau bzw. die Wiederherstellung nach Kriegen, Krisen und Katastrophen. Eine in solcher Weise verstandene Bildung der Bevölkerung ist jedoch wiederum nur erreichbar, sofern auch ein funktionsfähiges Bildungswesen vorausgesetzt werden kann.

Wenn Hufschmidt und Dikau schon vor einigen Jahren sehr gut begründet darauf hingewiesen haben, dass Bildung Katastrophenvorsorge ist [9], dann gilt dies für den besonderen Schutz des Bildungswesens jetzt erst recht!

Auch und gerade angesichts der originären Zuständigkeit von Kultusministerien auf Landesebene bedarf es insofern eines übergreifenden Impulses, um erforderliche Entwicklungsprozesse zu initiieren und eine grundsätzliche Strategie dafür zu entwickeln, wie Krisenfolgen für die unterschiedlichsten Ebenen und Bereiche des Bildungswesens abgemildert bzw. wie das Bildungswesen in all seinen Elementen für die Konfrontation mit komplexen, d. h. räumlich und zeitlich übergreifenden Krisenlagen, vorbereitet und „gehärtet“ werden kann.

Mögliche Parallelen zwischen anderen KRITIS-Bereichen und dem Bildungswesen bieten sich an: Wenn in der Coronavirus-Pandemie beispielsweise Behelfskrankenhäuser errichtet und betrieben werden sollten, um die Funktionsfähigkeit des Gesundheitswesens aufrecht zu erhalten, scheint auf den ersten Blick kaum nachvollziehbar, wieso Ähnliches nicht auch für Bildungseinrichtungen gelten kann. Dass es mit den Schulschließungen in Deutschland 2020 letztlich über mehrere Wochen zu einem fast vollständigen Zusammenbruch eines derart wesentlichen Teilaspektes der öffentlichen Daseinsvorsorge gekommen ist, ist jedenfalls inakzeptabel. Aus diesem Grunde sollte erarbeitet werden,

- mit welchen Konzepten die Resilienz des nationalen Bildungswesens generell gesteigert werden könnte und
- welche Handlungsempfehlungen im Einzelnen gegeben werden können, mit denen das Bildungswesen zukünftig für vergleichbare Lagen wie die aktuelle Coronavirus-Pandemie, aber auch andere Schadenslagen (Hochwasser- und Schneekatastrophen, Giftstoffaustritt o. ä.) besser gerüstet wäre.

Denkbare Entwicklungen

Zweifellos kommt der bereits intensiv thematisierten Digitalisierung des Bildungswesens eine besondere Bedeutung zu. Allein die Ausstattung von Schulen mit digitalen Endgeräten reicht jedoch bei Weitem nicht aus. Vielmehr sollten auch personelle, räumliche, materielle, rechtliche, (bildungs-)organisatorische und unbedingt natürlich auch inhaltliche bzw. curriculare Aspekte eines zu entwickelnden, „krisenfesten“ Bildungswesens in den Blick genommen werden. Dazu sollen nachfolgend nur einige Stichworte aufgeführt werden:

Personelle Aspekte: Die Coronavirus-Pandemie hat zunächst einmal deutlich gemacht, dass Lehrkräfte offenbar eine besonders vulnerable Bevölkerungsgruppe darstellen: Bis zu 20 Prozent der Lehrkräfte sollen entweder aufgrund eigener gesundheitlicher Vorbelastungen oder im Haushalt lebender Risikopatienten derzeit nicht dienstfähig sein [26]. Dass durch einen derartigen Personalausfall ein geregelter Schulalltag kaum möglich ist, liegt auf der Hand und rückt das Thema „Lehrergesundheit“ in den Fokus [23]. Auf die zuverlässige Leistungsfähigkeit der Lehrkräfte sollte somit noch mehr geachtet werden als bisher, zusätzliche gesundheitsfördernde Maßnahmen scheinen dringend angebracht. Darüber hinaus sollte die Kompetenz von Lehrkräften gesteigert werden, selbst angemessen mit Krisensituationen umgehen zu können – u. a. gilt es hier zu überlegen, wie eine spezifische „Krisenkompetenz“ von Lehrkräften entwickelt werden kann.



Unterricht in der Coronavirus-Pandemie: Eine besondere Herausforderung für die gesamte Schulgemeinde!
(Foto: Holger Langmaier)

Räumliche Aspekte: Dass die Aufrechterhaltung des Schulbetriebes mitunter daran gescheitert ist, dass in Schulen keine ausreichenden räumlichen Kapazitäten für Unterricht in kleineren Gruppen (und teilweise schlichtweg keine Seifenspender vorhanden sind!), kann man eigentlich nur als Skandal bezeichnen. Fragen der Schularchitektur und -einrichtung sollten vor dem Hintergrund neuer Schutz- und Sicherheitsüberlegungen grundsätzlich neu betrachtet werden: Raumgrößen, Lüftungsmöglichkeiten, eine unabhängige Stromversorgung, Hochwasserschutzmaßnahmen und nicht zuletzt auch die zuverlässige Erreichbarkeit von Schulen beispielsweise. Auch für Bildungseinrichtungen sollten Ausfallredundanzen bzw. Ausweichquartiere etabliert werden – auf diese Weise hätten, entsprechende Vorplanungen vorausgesetzt, vielerorts z. B. Sporthallen als Unterrichtsräume genutzt werden können: Abstandsregelungen hätten sich dort – anders als in vielen Klassenräumen – völlig problemlos einhalten lassen usw.

Rechtliche Aspekte: Hier muss ein Handlungsrahmen geschaffen werden, der es möglich macht, unter besonderen Umständen eben auch besondere Maßnahmen ergreifen zu dürfen. Teilweise ließen sich innovative Konzepte zur Fortführung des Schulbetriebes einfach deshalb nicht umsetzen, weil schuladministrative Bestimmungen dem entgegenstanden. Hier könnte mehr Flexibilität angebracht sein. Auch Haftungsfragen im Kontext einer Krise müssen offenbar noch einmal aufgearbeitet werden: Rechtliche Unsicherheiten, speziell Ängste von Schulleitungen und anderen verantwortlichen Akteuren vor etwaigen Regressansprüchen beeinträchtigen ein effektives Krisenmanagement im Bildungswesen enorm.

(Bildungs-)organisatorische Aspekte: Pädagogische Konzepte und Überlegungen für den Schutz und die Sicherheit einer Schulgemeinde in Krisensituationen könnten in Zukunft womöglich besser aufeinander abgestimmt werden als bisher. So mussten einige Kindertagesstätten offenbar nur deshalb geschlossen bleiben, weil das pädagogische Konzept („early excellence“) schlichtweg keine geschlossenen (Klein-)Gruppen vorsieht. Derartiges ist natürlich ungünstig. Empfehlungen der Leopoldina [20] und zur Gestaltung von „child friendly spaces“ in Katastrophengebieten [31]) könnten hier wertvolle Anregungen geben, mit denen sich Schule „krisenfest“ organisieren ließe und wie pädagogische sowie sicherheitsbezogene Erfordernisse, die sich nicht zwingend widersprechen müssen, deutlich besser miteinander verknüpft werden könnten als dies bisher geschieht.

Curriculare bzw. inhaltliche Aspekte: Dass vielerorts versucht worden ist, Unterrichtsinhalte zu vermitteln, als wäre nichts geschehen, irritiert: Schüler, die sich in einer wochenlangen Ausnahmesituation befunden haben, können „doch nicht einfach das Matheheft hervorholen und sich von jetzt auf gleich mit einer neuen Rechenart beschäftigen“ [16]. Hier liegen längst gut begründete Überlegungen vor, mit denen Unglücke, Krisen und Katastrophen pädagogisch und psychosozial angemessen thematisiert werden können [10; 11; siehe insbesondere auch <http://www.max-und-flocke-helferland.de>] – sie müssen nur umgesetzt werden! Die Coronavirus-Pandemie hat jedenfalls in ganz besonderer Weise aufgezeigt, dass eine „Bevölkerungsschutzpädagogik“ [14;15] tatsächlich notwendig ist:

- um bei allen Beteiligten krisenbezogene Handlungs- und Entscheidungskompetenz zu fördern,
- um zu einem reflektierten Umgang mit Medienberichten (und „Fake-News“!) beizutragen,
- um prosoziales Verhalten anzubahnen und insbesondere,
- um im Rahmen des Krisenmanagements hilfreiche und konstruktive Partizipation zu ermöglichen.

Krisen benötigen also nicht nur die bloße Aufrechterhaltung und Fortsetzung eines Schulbetriebes, sondern eben auch eine besondere Variante von Bildung – „Krisenbildung“ im eigentlichen Sinne. Ein spezielles „Krisen-Curriculum“ gibt es im deutschen Bildungswesen bislang jedoch nicht.

Schlussbetrachtung

Das Bildungswesen in Deutschland sollte zukünftig als eine Kritische Infrastruktur betrachtet werden. Generelle Empfehlungen zur Entwicklung und Umsetzung geeigneter Schutzkonzepte liegen auch bereits vor [5]. Die Umsetzung von Resilienz fördernden, „härtenden“ Maßnahmen scheint speziell im Bildungswesen jedoch v. a. deshalb schwierig, weil sie an Ressortgrenzen bzw. der in den einzelnen Ressorts verfügbaren (oder eben nicht verfügbaren) Expertise scheitern könnte. Vor diesem Hintergrund muss – wie es übrigens auch schon im Forschungsprojekt „Kind und Katastrophe“ aufgezeigt worden ist [13] – v. a. die Schnittstelle zwischen den Kultusministerien der Länder und den Innenressorts näher betrachtet werden; eine engere Zusammenarbeit scheint hier geboten.

Die Corona-Krise sollte zum Anlass genommen werden, im Rahmen einer gesamtstaatlichen Notfallvorsorgestrategie auch das Bildungswesen aus einer Perspektive und mit der Expertise des Bevölkerungsschutzes weiterzuentwickeln – und zwar nicht nur im Hinblick auf Pandemien, sondern in Bezug auf Krisen und Katastrophen generell.

Bildungseinrichtungen sollten als verlässliche „Oasen von Schutz und Sicherheit“ ausgestaltet werden: Kinder und Jugendliche benötigen Schulen nicht allein, um dort unterrichtet zu werden, sondern um Kontinuität, Geborgenheit, Orientierung und Hoffnung vermittelt zu bekommen. Darüber hinaus ist ein „krisenfestes“ Bildungswesen erforderlich, um Kaskadeneffekten entgegenzuwirken, die weit über das schulische Leben hinaus von Bedeutung sind.

Prof. Dr. Harald Karutz ist Diplom-Pädagoge und lehrt an der MSH Medical School Hamburg psychosoziales Notfall- und Rettungsmanagement. Die Psychosoziale Notfallversorgung von Kindern und Jugendlichen, insbesondere nach Unglücken im schulischen Kontext, ist seit vielen Jahren einer seiner Forschungs- und Arbeitsschwerpunkte.

Corinna Posingies ist Lehrerin an der Wollenbergschule, einer integrierten Gesamtschule in Wetter. Zudem ist sie ehrenamtlich als Notfallseelsorgerin im Landkreis Marburg-Biedenkopf und Hospizbegleiterin im ambulanten Hospiz- und Palliativpflegedienst der Malteser in Marburg aktiv.